

Erheblicher Handlungsbedarf zur Stärkung von Pflegebedürftigen und Angehörigen

Gesunde Aussichten für die Pflege?

Wer älter wird, hat häufig Angst davor, allein zu sein. Pflegebedürftige Menschen wünschen sich in den allermeisten Fällen, dass die Betreuung so lange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen, vertrauten Umgebung stattfindet. Dabei stellen Alter und Pflegebedürftigkeit keine Ausnahme-, sondern längst eine Alltagssituation dar: Rund 2,25 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. Ihre Zahl nimmt stetig zu. Mehr als 800 000 Menschen sind bereits bei Pflegediensten und in Pflegeeinrichtungen beschäftigt. Hinzu kommt die große Zahl der pflegenden Familienangehörigen und Ehrenamtlichen – denn gut zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Der SoVD setzt sich seit Langem dafür ein, die Situation von pflegebedürftigen Menschen und die von Pflegenden zu verbessern.

Vieles konnte der Verband bereits für eine würdevollere Pflege erreichen: Den Vorschlag für einen Gesetzentwurf „Pflegezeit“ etwa hat der Gesetzgeber größtenteils übernommen. Auch mit der Reform der Pflegeversicherung wurden wichtige Forderungen umgesetzt. Die Aktion des SoVD gegen Gewalt in der Pflege (AGP) hatte Signalwirkung und brachte ein gesellschaftliches Umdenken. Auch Demenzerkrankte erhalten inzwischen bessere Leistungen. Und ab 2011 müssen ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen von Gesetzes wegen jährlich und unangemeldet überprüft werden (siehe auch Beitrag auf Seite 2: „Transparenz verbessern“).

Der Handlungsbedarf in der Pflege ist jedoch weiterhin enorm. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird insbesondere der Bedarf an häuslicher Pflege deutlich steigen. Bereits heute gibt es 840 000 Männer und 2,27 Millionen Frauen über 80 Jahren in Deutschland; die über 80-Jährigen sind die am schnellsten wachsende



Foto: Julia Baier

Pflegebedürftige Menschen wünschen sich in der überwiegenden Zahl der Fälle, dass die Betreuung so lange wie möglich in der eigenen, vertrauten Umgebung stattfindet. Der SoVD setzt sich deshalb seit Jahren für eine Stärkung der häuslichen Pflege und alternative Wohnformen ein.

Altersgruppe. Die Zahl der Jahre, in denen sich Angehörige persönlich oder in Zusammenarbeit mit einem Pflegedienst um ältere Pflegebedürftige kümmern müssen, wächst: 10 oder 15 Jahre Pflege sind infolge der wachsenden Lebenserwartung keine Seltenheit mehr. Auch die Situation der Pflegenden ist deshalb immer deutlicher in den politischen Fokus zu rücken. Angehörige und nahestehende Personen, die oftmals unter größter körperlicher und seelischer Anstrengung Pflegebedürftigen ein Leben in Würde und vertrauter Umgebung ermöglichen, müssen stärker vor Überlastung geschützt werden. Deshalb fordert der SoVD unter anderem die flächendeckende Einrichtung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote wie Pflegenotrufe und Gesprächskreise.

Große Defizite gibt es auch im Bereich ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen. Missstände sorgen hier immer wieder für Negativ-Schlagzeilen. Zahlreiche Studien belegen Fälle von Unterversorgung, Misshandlung und Vernachlässigung von pflegebedürftigen Menschen.

Ein Beispiel ist die gerade ein halbes Jahr alte Studie von Hamburger Rechtsmedizinern, die 8500 pflegebedürftige Menschen nach ihrem Ableben untersuchten. Mit erschütterndem Ergebnis: Eine große Zahl der Verstorbenen war vor ihrem Tod in einem schlimmen Pflege- und Gesundheitszustand. So wiesen 3,3 Prozent der Verstorbenen schwere Druckgeschwüre auf. 15 Prozent der Pflegebedürftigen waren untergewichtig. Viele der alten Menschen

hatten keine Zähne mehr, aber auch keinen hochwertigen Zahnersatz. Ein gutes Gebiss ist jedoch für die Teilhabe am Leben, für die Erfüllung elementarer Bedürfnisse wie Essen und Sprechen, unerlässlich.

Pflegebedürftigen, häufig demenzkranker Menschen, Essen zu reichen ist zeitraubend. Häufig werden alte Menschen aus diesem Grund über eine Magensonde ernährt, auch wenn sie damit den letzten Rest an Selbstständigkeit einbüßen. Im Falle der Studie waren es sieben Prozent, die durch die Bauchdecke künstlich ernährt wurden. Besonders erschreckend: Bei einem Drittel der verstorbenen Pflegebedürftigen war die Haut um die Eintrittsstelle nicht gut gepflegt und entzündet.

Laut einer anderen Studie, die

Fortsetzung auf Seite 2

Klares Bekenntnis gegen eine Kopfpauschale

SoVD und CSU-Politiker sind sich einig in ihrem Urteil

Seite 2

Rentengarantie schützt vor Kürzung – nicht vor Kaufkraftverlust

Studie prognostiziert sinkende Renten

Seite 5

„Gesundheit und Recht“ – die Serie in der SoVD-Zeitung

Teil IV: Patientenverfügung und Co.

Seite 8



Armutsbekämpfung in den politischen Fokus rücken

Europäisches Jahr unter dem Motto „Mit neuem Mut“

Seite 3



Ein frisches Erscheinungsbild

Titelseite der SoVD-Zeitung mit neuem Gesicht

Seite 3

Anzeige

Als Mitglied des SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Spezial-Rechtsschutzversicherung

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- mit telef. anwaltlicher Erstberatung
- Exklusive Leistungserweiterungen**
- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Blickpunkt

„Spätromische Dekadenz“, „anstrengungsfreier Wohlstand“, „sozialistische Züge“ – um populistische Sprüche ist Außenminister Westerwelle nicht verlegen. Die Parolen, mit welchen sich der Vizekanzler als „Fürsprecher“ der angeblich schweigenden Mehrheit in Szene setzt, sind an Ignoranz und Selbstgefälligkeit kaum zu überbieten. Indem er provokant Geringverdiener und Arbeitslose gegeneinander ausspielt, versucht er davon abzulenken, dass die Steuersenkungsverprechen für

die eigene Klientel nicht einzuhalten sind. In aufgekratzter Eitelkeit kreist Westerwelle um sich selbst. Kritik an seiner Amtsführung wertet er gerne als Angriff auf seine Homosexualität. Mit Samthandschuhen möchte aber nur er angefasst werden. Denn statt brauchbare Lösungsansätze zu bieten, drischt der FDP-Chef weiterhin ungeniert auf Hartz-IV-Empfänger ein. Er übersieht dabei, dass aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit den angeblichen Missbrauch klar widerlegen: Die überwältigende Mehr-

heit der Langzeitarbeitslosen sucht Arbeit! Absurde Grundsatzdebatten helfen diesen Menschen wenig. Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, indem man sozial Schwächere pauschal des Schmarotzertums bezichtigt. Der Vizekanzler sollte besser einen – ausnahmsweise – kritischen Blick auf sich selbst richten und die andauernden Koalitionsquerelen beenden, die mit glaubhafter Politik nur noch wenig gemein haben.

Manfred Grönda
SoVD-Präsidiumsmitglied

Kommentar

Der Ruhrpott-Komiker Atze Schröder weist seit Kurzem als Botschafter des Bundesverbandes Alphabetisierung auf einen Missstand hin: Über vier Millionen Bundesbürger gelten als funktionale Analphabeten, können nicht lesen und kaum schreiben. Ihr Alltag gleicht einem Versteckspiel – in einer Welt, in der Kommunikation immer selbstverständlicher und schneller abläuft. Da Deutschland kaum als Entwicklungsland bezeichnet werden kann, fragt sich vor allem, wie es überhaupt dazu kommen konnte? Experten verweisen als Antwort auf ein Zusammenwirken vieler Faktoren. Das einhellige Fazit ist jedoch ebenso einfach wie vernichtend: Funktionaler Analphabetismus ist

die Folge alter und neuer Armut. Bildungsarmut in Deutschland hat dabei viele Gesichter. So verlasen zum Beispiel jedes Jahr rund 70 000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Auf dem Arbeitsmarkt haben sie ähnlich große Chancen wie ein Nichtschwimmer, der sich anschickt, auf einer Luftmatratze den Atlantik zu überqueren. Daher meint es der Spaßmacher Atze Schröder ernst, wenn er sagt: „Nicht lesen und schreiben zu können ist keine Schande, nichts dagegen zu tun schon!“ Bis jemand etwas dagegen tut, machen in diesem Land offensichtlich engagierte Komiker Politik, während gleichgültige Politiker oftmals eher für die Komik zuständig sind. *jb*

Kritik am Bewertungssystem des Pflege-TÜV hält an

Transparenz verbessern

Ist Qualität in der Pflege messbar? Darüber wird seit Einführung der Pflegenoten gestritten. Bei den Auseinandersetzungen geht es vor allem um das angewandte Prüfungssystem. Bereits seit Juli 2009 müssen Heimbetreiber mit unangemeldeten Kontrollen rechnen. Rund 2900 Einrichtungen wurden bereits einer Kontrolle unterzogen; bis Ende 2010 sollen alle 10 400 Pflegeheime und ambulanten Dienste einmal geprüft sein. Dem Gesetz nach müssen Heimbetriebe fortan einmal im Jahr durch den sogenannten Pflege-TÜV begutachtet werden. Anders als in früheren Jahren erfährt die Öffentlichkeit über ein eigens eingerichtetes Internetportal von den Ergebnissen. So sollen sich Betroffene und Angehörige besser orientieren können.

Geprüft wird nach mehr als 64 Kriterien, für die Punkte auf einer Skala von 1 bis 10 vergeben werden. Die Kriterien beziehen sich auf die vier Teilbereiche „Pflege und medizinische Versorgung“, „Umgang mit demenzkranken Bewohnern“, „soziale Betreuung und Alltagsgestaltung“ sowie „Wohnen, Verpflegung, Hauswirtschaft und Hygiene“. Die Gesamtbewertung erfolgt, indem der Mittelwert der Punkte berechnet wird. Kritiker bemängeln, dass sich hierdurch eine Verzerrung des Gesamtbildes ergebe. Mängel in der pflegerischen Versorgung könnten etwa durch gute Noten in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Auf diese Problematik hat auch SoVD-Präsident Adolf Bauer mehrfach hingewiesen: „Es darf nicht sein, dass zum Beispiel eine schlechte Flüssigkeitsversorgung von Pflegebedürftigen mit regelmäßigen Erste-Hilfe-Schulungen der Pflegenden verrechnet werden kann.“ Deshalb fordert der SoVD eine sukzessive Verbesserung der Transparenzkriterien für das Prüfungssystem sowie die Einführung sogenannter K.o.-Kriterien bei der Bewertung der Pflegeeinrichtungen. *veo*

Fortsetzung von Seite 1

Gesunde Aussichten für die Pflege?

die Universität Witten/Herdecke im November 2008 und im April 2009 anhand von Befragungen in 73 Altenpflegeeinrichtungen mit insgesamt 6000 Bewohnern durchführte, war die Hälfte der Bewohner von Mangelernährung bedroht. Das höchste Risiko trugen dabei Pflegebedürftige mit Demenzerkrankungen. Gründe lagen im Personal- und Zeitmangel in den Heimen, aber auch im unzureichenden Ausbildungsniveau der Pflegekräfte, die die Mangelernährung oftmals nicht rechtzeitig erkannten.

Nur etwa die Hälfte der Pflegekräfte in Deutschland sind ausgebildete Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Zu den sozialpolitischen Forderungen des SoVD gehören deshalb auch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Bezahlung

der Pflegeberufe sowie angemessene Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte.

Nach dem Scheitern der Tarifkommission scheint jedoch die Einführung eines Mindestlohns in der Pflege in weite Ferne gerückt. Ein weiteres Mal konnte sich Anfang März die vom Bundesarbeitsministerium eingesetzte Kommission nicht auf eine konkrete Höhe der geplanten Lohnuntergrenze einigen.

Zur Erinnerung: Im vergangenen Jahr hatte der Bundestag die Aufnahme der Pflegebranche in das Entsendegesetz beschlossen. Auf Initiative des damaligen Bundesarbeitsministers Olaf Scholz kamen die Mitglieder der Pflegekommission zusammen mit dem Ziel, sich auf einen Mindestlohn für Pflegekräfte in der ambulanten und stationären

Altenpflege festzulegen. Wenn sich die Tarifpartner einigen, kann die Bundesregierung einen Mindestlohn verbindlich vorschreiben. Weil in der Pflege unterschiedliche Anbieter aus Kirche und Wohlfahrtsverbänden mit privaten und kommunalen Anbietern in Konkurrenz stehen, galt die Einigung von Beginn an als besonders schwierig. Das Scheitern der Verhandlungen ist keine gute Botschaft für die Beschäftigten in der Pflege und auch kein gutes Signal an die Betroffenen von Pflege. Dabei wäre eine schnelle Einigung dringend notwendig: Ab Mai 2011 tritt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa in Kraft. Nur über das Entsendegesetz, das Lohndumping verhindern soll, wäre ein Mindestlohn auch für Anbieter aus dem Ausland verbindlich. *veo*



Foto: Julia Baier

Sie leisten wertvolle Arbeit: Zu den sozialpolitischen Forderungen des SoVD gehören eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Bezahlung der Pflegeberufe sowie angemessene Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte.

SoVD-Präsident und CSU-Politiker sind sich einig in ihrem Urteil

Klares Bekenntnis gegen eine Kopfpauschale

Es kommt zugegebenermaßen nicht häufig vor, dass die sozialpolitischen Positionen des SoVD von Regierungspolitikern geteilt werden. Beim Zusammentreffen zwischen Adolf Bauer und dem bayerischen Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) herrschte dagegen

Einigkeit. Wie dies der SoVD bereits seit langer Zeit tut, sprach sich auch Söder gegen die Einführung einer wie auch immer gearteten Kopfpauschale im System der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Diese Pauschale sei grundsätzlich unsolidarisch.

Markus Söder zu Gesprächen beim SoVD

Anfang März empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer den Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, zu einem Gespräch über die Gesundheits- und Pflegepolitik. Zuvor hatte bereits der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in einem Schreiben betont, dass er das große Engagement des

SoVD für die Ausgestaltung des Sozialstaates schätze.

Bauer dankte Markus Söder für sein klares Bekenntnis, dass es mit der CSU in der gesetzlichen Krankenversicherung eine Kopfpauschale nicht geben werde. Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass die solidarische Krankenversicherung für die soziale Sicherung der Bevölkerung von herausragender

Bedeutung sei. Es bestand auch Übereinstimmung darin, dass das bestehende Benotungssystem für Pflegeeinrichtungen dahingehend verbessert werden müsse, dass die Pflege am Menschen eine stärkere Berücksichtigung finde.

Regierungskommission prüft Vorschläge

Union und FDP wollen die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung „auf eine langfristig solide Basis“ stellen. Wie dies genau erreicht werden kann, darüber besteht innerhalb der Koalition noch Uneinigkeit. Eine Regierungskommission, der insgesamt acht Bundesminister angehören, soll nun entsprechende Vorschläge erarbeiten. Knackpunkt ist eine Passage im Koalitionsvertrag, in der die Einführung „einkommensunabhängiger Arbeitnehmerbeiträge“ als Ziel formuliert ist. Kritiker sehen hierin einen Schritt hin zu einer Kopfpauschale im Gesundheitssystem.

Streit innerhalb der Koalition

Während FDP und CDU betonen, dass entsprechende Beiträge sozial ausgeglichen werden sollen, bleibt die CSU bei ihrer Einschätzung,

dass ein solcher Pauschalbetrag den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung bedeuten würde. So hat Bayerns Gesundheitsminister Söder mehrfach erklärt, gehaltsunabhängige Kassenbeiträge in keinem Fall mittragen zu wollen. Diese seien zutiefst unsozial, zumal angesichts der Rekordverschuldung des Bundes auch unklar bleibe, wie

der geplante Sozialausgleich finanziert werden solle.

Zusätzlich zu den geplanten Arbeitnehmerbeiträgen beabsichtigt die Koalition, den Beitrag der Arbeitgeber zur Krankenversicherung einzufrieren. Konkrete Vorschläge der Kommission werden erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erwartet. *hjl/jb*



Foto: Schlemmer

Kein Dissens: Adolf Bauer und Markus Söder (rechts) lehnen eine Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung einhellig ab.

Kopfpauschale nicht durch die Hintertür einführen

Zum Arbeitsbeginn der Regierungskommission für eine Gesundheitsreform erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer, der SoVD warne vor Versuchen, „die Kopfpauschale mit Tricks durch die Hintertür einzuführen“. Die Folgen für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft seien nicht absehbar. Auch müsse das Verwirrspiel um die „29-Euro-Kopfpauschale“ endlich aufhören.

In Deutschland gebe es keine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung für einen Systemwechsel hin zu einer Kopfpauschale. Bauer forderte insbesondere die beteiligten Bundesminister dazu auf, diese Tatsache nicht außer Acht zu lassen. Sie seien nicht einzelnen Gruppen, sondern der Gesellschaft insgesamt verantwortlich. Ziel der Kommission müsse es sein, die solidarische Krankenversicherung zu erhalten und fortzuentwickeln. Allen Versuchen, gesundheitliche Risiken zu privatisieren, kündigte der SoVD-Präsident entschlossenen Widerstand an.

Europäisches Jahr unter dem Motto „Mit neuem Mut“

Armutsbekämpfung in den politischen Fokus rücken

Das Europäische Jahr (EJ) steht 2010 unter dem Motto „Mit neuem Mut“. Es soll dazu beitragen, die soziale Dimension Europas zu stärken und Armutsbekämpfung in den politischen Fokus zu rücken. Die deutsche Auftaktveranstaltung mit Vorstellung der geförderten Projekte war ein erster Schritt in diese Richtung.

In Deutschland werden im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 40 Projekte von Initiativen und Verbänden gefördert, die ein Zeichen gegen Armut setzen wollen. Das Fördervolumen beträgt rund 1,4 Millionen Euro. Beworben hatten sich ursprünglich 842 Projekte.

„Kippt der soziale Ausgleich, kippt auch die Demokratie“

Bei der deutschen Auftaktveranstaltung betonte der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Wolfgang Gern, dass das Europäische Jahr genutzt werden müsse, um mit neuem Mut gegen Armut anzugehen. Angesichts einer rapide steigenden Armutsquote in Deutschland (11 Prozent Betroffene, jedes fünfte Kind) wünsche er sich „Widerborstigkeit, wo man auch seicht sein könne“. Er forderte, den Sozialstaat nicht „kleinzureden“ und betonte die Worte Heinemanns: „Kippt der soziale Ausgleich, kippt auch die Demokratie.“ Gern drängte auf eine Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung. Für das Europäische Jahr 2010 formulierte er fünf Handlungsfelder:

1. einen Weckruf an die Öffentlichkeit senden

2. Ausgrenzung und Ohnmacht bei von Armut betroffenen Kindern
3. Menschenunwürdigkeit von Niedriglöhnen
4. Bestandsschutz für soziale Hilfen
5. in Gemeinsamkeit streiten.



Foto: bmas.bund

Dr. Wolfgang Gern

Im Anschluss an die Eröffnungsrede wurden geförderte Projekte vorgestellt. In Diskussionsrunden sprachen prominente Botschafter, die das Europäische Jahr 2010 unterstützen – darunter Prof. Jutta Allmendinger (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung), Pastor Bernd Siggelkow (Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“), Reinhold Beckmann (Journalist) und Imke Duplitzer (Fechterin).

Bundesministerin Ursula von der Leyen, die aufgrund einer Parlamentsdebatte verspätet erschien und der Veranstaltung nur kurz beiwohnen konnte, ging in ihrer Rede auf die aktuelle Hartz-IV-Debatte ein. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) würdigte sie als „weise“, äußerte sich jedoch ausschließlich zu den Herausforderungen in Bezug auf Kinder. Sie betonte, neben Geld- und Sachleistungen bedürfe es verstärkt Dienstleistungen „von Mensch zu Mensch“. Sie deutete an, man wolle hierbei nicht nur Hartz-IV-Bezieher, sondern auch Niedrigverdiener einbeziehen.

Abgrenzung von der einseitigen Debatte um Hartz-IV-Missbrauch

Mit Nachdruck grenzte sich die Ministerin von der einseitigen Debatte um Hartz-IV-Missbrauch ab, ohne Minister Westerwelle jedoch direkt anzusprechen. Sie forderte, man müsse endlich „den Schleier der Verallgemeinerung“ wegreißen und sachlich an der Umsetzung des BVerfG-Urteils arbeiten.

Während der gesamten Veranstaltung blieb die Perspektive einer „individualisierten Armutssituation“ vorherrschend. Dies kommt auch in der Auswahl der Projekte



Foto: fuxart/fotolia

Die Debatte um Armut und ihre Bekämpfung sollte auch als Debatte um Verteilungsgerechtigkeit geführt werden.

zum Ausdruck, die eher auf konkrete Hilfen für Betroffene fokussieren, nicht aber strukturelle Bedingungen für Armut (Ausgrenzungen im Bildungssystem, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen bezogen auf berufliche Teilhabe etc.) aufgreifen. Die Debatte um Armut und deren Bekämpfung sollte auch als Debatte um Verteilungs-

gerechtigkeit und sozialstaatliche Verantwortlichkeit geführt werden. Dies gelte auch und gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese durch den SoVD eingebrachte Forderung wurde in der Diskussionsrunde im Plenum aufgegriffen. In weiteren Gesprächen, insbesondere im Deutschen Behindertenrat, wird der SoVD die Diskussion hierüber fortsetzen. ct

Telekom reserviert drei von zehn Führungspositionen für Mitarbeiterinnen

Die Frauenquote kann sich lohnen

Die Deutsche Telekom will in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass 30 Prozent der oberen und mittleren Führungspositionen mit Frauen besetzt werden. Eine verpflichtende Quotenregelung wurde bisher von Politik und Wirtschaft abgelehnt und auch viele gut ausgebildete Frauen stehen ihr eher kritisch gegenüber. Dabei kann sich der Einsatz weiblicher Führungskräfte für das Unternehmen durchaus lohnen.

Freiwillige Verpflichtungen haben in den Chefetagen deutscher Firmen bisher nicht für mehr Gleichberechtigung gesorgt: Unter den 50 größten Unternehmen kann allein Siemens ein weibliches Vorstandsmitglied vorweisen. Vernichtend auch das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach die Frauenquote in den Vorständen der 100 größten Unternehmen in Deutschland bei unter einem Prozent liegt.

Sind Frauenquoten undemokratisch?

Der Gedanke, Frauen die Teilhabe an Politik und Gesellschaft über eine Quotenregelung zu ermöglichen, stammt aus den Achtzigerjahren und erwies sich bereits damals als überaus umstritten. Ein häufiger Vorwurf lautet auch heute noch, Frauenquoten würden dem Grundgedanken der Demokratie widersprechen. Stattdessen solle allein die Leistung entscheiden. Auf diesem Weg würde dann automatisch der am besten geeignete Mann bzw. die am besten geeignete Frau den Job bekommen. „Quotenfrau“ wurde mittlerweile zu einem Vorwurf, dem sich auch viele qualifizierte Frauen nicht unbedingt aussetzen wollen.

Sind Frauen einfach schlechter ausgebildet?

Thomas Sattelberger ist Personalvorstand bei der Telekom und würde sich verbindliche Vorgaben vonseiten der Politik wünschen. Denn offensichtlich spiegelt der Arbeitsmarkt die Realität nur verzerrt wider. Sattelberger zufolge seien rund 60 Prozent der Absolventen

wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge Frauen – eine Zahl, die in krassem Widerspruch steht zu der Besetzung von Führungspositionen. An einer fehlenden Qualifikation liegt es somit also offensichtlich nicht.

Weibliche Führungsqualitäten als Ausweg aus der Krise?

Die Gründe für die mangelnde Repräsentanz von Frauen sind vielfältig. Zum einen fürchten Männer möglicherweise die weibliche Konkurrenz, zum anderen scheuen Frauen in letzter Instanz häufig selbst den Griff nach der Macht. Denn dieser bedeutet bei den herrschenden Strukturen häufig einen kompletten Verzicht auf Kinder und Familie. Dabei kommt die Unternehmensberatung McKinsey in einer Studie zu einem interessanten Ergebnis:

Frauenquote kann eine „notwendige Krücke“ sein

Zu den Plänen der Telekom hat sich auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) geäußert. Sie sei früher selbst eine vehemente Gegnerin jeder Quotenregelung gewesen, erkenne jedoch in manchen Fällen die Frauenquote als eine „notwendige Krücke“ an. Bleibt demnach zu hoffen, dass der Patient Frauenförderung möglichst bald erfolgreich ohne Krücken laufen kann. jB



Foto: Stephen Coburn/fotolia

Ob Vorstandsmitglied im Unternehmen oder Vorgesetzte in der Firma, in Führungspositionen sind Frauen noch immer eher eine Ausnahme.

Neues Erscheinungsbild

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten haben wir in der SoVD-Zeitung zahlreiche Veränderungen umgesetzt. Dabei haben wir uns – vor allem auf den hinteren Seiten – um eine klarere inhaltliche Gliederung bemüht. Die stärkere Rubrizierung hat ihren Ausdruck in entsprechenden Layout-Anpassungen gefunden. Dafür haben wir von Ihnen vielfach positive Rückmeldung erhalten, für die wir Ihnen an dieser Stelle gerne danken möchten.

Sie haben es auf den ersten Blick gesehen: Mit der April-Ausgabe hat auch die Titelseite ein neues Gesicht erhalten. Ziele sind eine bessere Leseführung und ein frischeres Erscheinungsbild. Die Anpassung des Logos und andere Schrifttypen sorgen für eine stärkere Prägnanz. Gleichzeitig ermöglicht der geänderte Titelkopf eine bessere Platzierung von Inhalten und Bildelementen über dem sogenannten „Bruch“ (der Seitenmitte). Die Schwerpunkte der jeweiligen Ausgaben werden wir künftig in der rechten Außenspalte anreißen.

In der Hoffnung, dass Sie das neue Erscheinungsbild überzeugt, wünschen wir Ihnen eine interessante und informative Lektüre der Osterausgabe der SoVD-Zeitung.

Ihre Veronica Sina
Redaktionsleiterin

SoVD-Fachtagung

Voneinander lernen statt voneinander trennen

Der SoVD setzt sich sehr für das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder ein. Deshalb organisiert der SoVD am 5. Mai eine Fachtagung zur inklusiven Bildung in Hannover: Wissenschaft, Politik, aber auch Schulen und Betroffene werden gemeinsam diskutieren, welche Chancen die inklusive Bildung bietet und wie sie in Politik und Praxis gelingen kann. Die Tagung wird vom SoVD-Bundesverband und vom SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. gemeinsam durchgeführt. Nähere Informationen zur Veranstaltung auch im Internet auf www.sovd.de. Dort steht auch das SoVD-Positionspapier „UN-Konvention umsetzen – Inklusive Bildung verwirklichen“ zur Verfügung.

Aufgrund der begrenzten Plätze ist eine Teilnahme nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Bitte richten Sie diese bis zum 23. April an den SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., Herschelstraße 31, 30159 Hannover, Tel.: 0511/7014837, E-Mail: elke.skupsch@sovnd.de.



Wir haben geholfen

SoVD-Mitglied erhält weiterhin Krankengeld

Thomas F. konnte mithilfe von Sozialberaterin Cornelia Bruns vom SoVD-Beratungszentrum Oldenburg einen Einkommensverlust von rund 400 Euro im Monat verhindern. Seit Januar 2009 war SoVD-Mitglied Thomas F. arbeitsunfähig und erhielt von seiner Krankenkasse 1860 Euro Krankengeld monatlich. Im August 2009 wurde der 50-Jährige von seiner Krankenkasse darüber informiert, dass sein Anspruch auf Krankengeld demnächst beendet sei und er sich bei der Agentur für Arbeit melden solle. Die Begründung: Der Vater von drei Kindern sei bereits früher wegen der gleichen Krankheit zweimal über eine längere Zeit krankgeschrieben gewesen. Somit ende im Dezember 2009 aufgrund der Leistungsunterbrechung innerhalb der sogenannten Dreijahresfrist sein Anspruch. Diese besagt, dass das Krankengeld für die gleiche Krankheit nur für 78 Wochen innerhalb von drei Jahren gezahlt wird. Durch die Agentur für Arbeit hätte F. jedoch nur noch 67 Prozent seines früheren Nettolohnes als Arbeitslosengeld I erhalten. Dies hätte für ihn ein fast 400 Euro geringeres Einkommen bedeutet, was ihm angesichts seiner fünfköpfigen Familie große Sorgen bereitet.

In der Beratung empfahl SoVD-Sozialberaterin Cornelia Bruns dem Betroffenen, sich gegen den drohenden finanziellen Verlust zur Wehr zu setzen. Die Berechnung sei auf den ersten Blick als fehlerhaft zu erkennen gewesen, berichtete Bruns, weil das SoVD-Mitglied bereits eine weitere Vorerkrankung aufgewiesen habe. Aus den Unterlagen ergab sich nach Überzeugung des SoVD, dass sich die Krankenkasse bei der Festsetzung der Dreijahresfrist vertan hatte und mittlerweile für Herrn F. eine erneute Dreijahresfrist sowie ein damit verbundener neuer Krankengeldanspruch gelte.

Da die Krankenkasse jedoch nicht einlenkte, erhob Thomas F. über das SoVD-Beratungszentrum Oldenburg Widerspruch gegen den Bescheid. Letztlich gab die Krankenkasse dem vorgebrachten Widerspruch relativ zügig statt. Dem SoVD-Mitglied wurde ein Krankengeldanspruch in Höhe von 1860 Euro monatlich bis zum 19. Mai 2011 bestätigt. Somit wurde die fünfköpfige Familie vom Einkommensverlust erfolgreich verschont.

DGB-Kommission zur Gesundheitsreform gebildet

SoVD sieht Chance für gesunde Reform

„Die neu gebildete DGB-Kommission zur Gesundheitsreform vertritt den Mehrheitswillen der Bevölkerung, die sich in Umfragen klar für den Erhalt und Ausbau der solidarischen Krankenversicherung ausgesprochen hat“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Pressemitteilung. Der SoVD bekennt sich zur beschlossenen Präambel zur Einsetzung der DGB-Reformkommission und wird in diesem Bündnis gemeinsam mit Gewerkschaften und Experten an Vorschlägen für eine echte Reform des Gesundheitswesens mitarbeiten. Die Kräfte sollen gebündelt werden für eine Reform, die diesen Namen auch verdient und die den Interessen der Patienten und Versicherten entspricht.

Der SoVD wird sich vor allem dafür einsetzen, dass der einheitliche Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten bleibt und die private Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen wird. Einseitige Belastungen der Versicherten gilt es zu beenden, eine Mehrklassenmedizin zu verhindern. Da es zum System der solidarischen Krankenversicherung keine sozial gerechte und vertretbare Alternative gibt, ist aus Sicht des SoVD die Wiederherstellung der paritätischen Beitragsentrichtung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der einzig richtige Weg.



Grafik: Herrndorff

Frohe Ostern!

Ostern hat viele Symbole. Das Lamm ist das klassische Opfertier im Alten Testament. Auch Jesus Christus wird als solches bezeichnet: „Siehe, das Lamm Gottes, das hinwegnimmt die Sünden der Welt.“ Lange Zeit gehörte Lammbraten zur österlichen Festmahlzeit. Heute werden Osterlammchen vielerorts aus Biskuitteig gebacken – hier ein Rezept:

Zutaten: 3 Eier, 1 Eigelb, 125 g Zucker, 1 Packung Vanillezucker, 125 g Mehl, 25 g Speisestärke, 75 g Butter, etwas Puderzucker.

Zubereitung: Die Eier, das Eigelb, den Zucker und den Vanillezucker schaumig schlagen. Das Mehl mit der Speisestärke vermischen, auf den Eischaum sieben und vorsichtig unterheben. Die Butter erwärmen, wieder abkühlen lassen und tropfenweise unter den Teig ziehen. Diesen in die mit Butter ausgefettete und mit Semmelbröseln bestreute Osterlammform geben und bei 180 °C ca. 35 Minuten backen. Danach das Osterlamm aus der Form stürzen, abkühlen lassen und mit Puderzucker bestreuen.

Viel Vergnügen beim Backen und Verzehren und ein schönes Osterfest sowie erholsame Feiertage wünscht im Namen des SoVD-Vorstandes das Redaktionsteam!

Kongress „Eine Schule für alle“ in Köln

Alle Kinder willkommen heißen

Beim Kongress „Eine Schule für alle“ Anfang März in Köln war der SoVD teilnehmend sowie referierend bei einem Workshop zum Thema „Qualität guter inklusiver Schule“ vertreten. Die von mittendrin e. V. organisierte Veranstaltung fand zum zweiten Mal statt und fand großen Zuspruch. Der nicht öffentliche Teil der Tagung war mit über 500 Teilnehmenden ausgebucht. Der öffentliche Tagungsteil war ebenfalls gut besucht.

Ein breites Programm mit mehr als 50 Veranstaltungen bot reichhaltigen und breiten Raum für fachliche Information, Austausch und Diskussion. Personell war der Kongress hochkarätig besetzt: Neben Prof. Munoz als UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung sprachen mit Prof. Wocken, Dr. Irma Traud Schnell, Prof. Feuser und Prof. Schöler zahlreiche renommierte Wissenschaftler, die seit Jahren im Bereich integrativer und inklusiver Bildung aktiv sind.

Neben den wissenschaftlichen Fachvorträgen ermöglichte die Tagung einen breiten Einblick in die Praxis guter inklusiver Schule. Viele Schulen, die seit Jahren Integration auch schwerst-mehrfachbehinderter Kinder praktizieren, machten erlebbar, dass Inklusion tatsächlich möglich und machbar ist.

Darüber hinaus wagte die Tagung auch einen Blick über den nationalen Tellerrand. Am Beispiel Südtirols wurde die veränderte Perspektive eines Bildungssystems deutlich, dass alle Kinder seines Einzugsbe-



Foto: philidor/fotolia

Schule darf behinderte Kinder nicht ausgrenzen, sondern muss ein Verantwortungsfühl für alle entwickeln, waren sich die Teilnehmer einig.

reiches, auch mit Behinderungen, selbstverständlich an der Regelschule aufnimmt.

Der Workshop „Inklusion mit Qualität“, der von Claudia Tietz, Referentin beim SoVD-Bundesverband, gehalten wurde, war mit mehr als 70 Teilnehmern sehr gut besucht. Nach Erarbeitung der völkerrechtlichen Grundlagen des Rechts auf inklusive Bildung und Empfehlungen des Sozialpaktausschusses wurden Qualitätskriterien für Inklusion gemeinsam mit den Teilnehmenden definiert. Ziel war es, der Perspektive und den Erwartungen der Betroffenen möglichst viel Raum zu geben, da dies in anderen Workshops nicht in diesem Umfang geleistet wurde.

Im Workshop wurden nicht nur die Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Strukturen aus Sicht behinderter Kinder thematisiert. Auch die klare Erwartung, dass Veränderungen erforderlich seien und dringend angegangen werden müssten, wurde sehr klar formuliert. In der Veranstaltung wurde spürbar und deutlich, dass die UN-Behindertenrechtskonvention das Recht behinderter Kinder auf Regelschule gestärkt hat und sich dies auch im Selbstverständnis der Eltern zunehmend wiederfindet. Die Teilnehmenden stimmten darin überein, dass es Inklusion zum Nulltarif nicht geben dürfe. Veränderte Strukturen und Hilfen im Bildungssystem wurden angesprochen. Schule dürfe die Kinder nicht ausgrenzen, wegschicken oder stigmatisieren, sondern müsse – alle – Kinder willkommen heißen, ein Verantwortlichkeitsgefühl für sie entwickeln und in die Mitte aller Anstrengungen stellen. In den gesamten Prozess seien Eltern und Kinder stärker als bisher einzubeziehen.



Frauen im SoVD – das Thema

Frauentag ist wichtig – damals und heute

Der 8. März wird alljährlich als Internationaler Frauentag begangen. Geschaffen wurde er angesichts der Tatsache, dass Männern und Frauen eine Rollenverteilung gesellschaftlich und gesetzlich vorgeschrieben wurde, die zwangsläufig zur Ungleichbehandlung der Geschlechter führte. Auch heute, fast 100 Jahre später, hat dieser Tag große Bedeutung, um auf weiterhin bestehende Missstände aufmerksam zu machen.

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin schlug 1910 die Einführung eines Internationalen Frauentages vor, um auf die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen aufmerksam zu machen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Frauentag vermehrt dazu genutzt, um auf soziale Probleme hinzuweisen. In Deutschland forderten die Frauen Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnabschläge, eine regelmäßige Schulspeisung und den legalen Schwangerschaftsabbruch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg veranlassten die Besatzungsmächte den mühevollen Wiederaufbau unter anderem durch den Einsatz von Trümmerfrauen.

In Bayern mussten Lehrerinnen noch in den 1950er-Jahren ihren Beruf aufgeben, wenn sie heirateten. Bis 1958 konnte ein Ehemann das Dienstverhältnis seiner Frau fristlos kündigen. Bis 1977 mussten Frauen in der BRD ihre Ehemänner um Erlaubnis fragen, wenn sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen wollten – zumindest stand es so im Bundesgesetzbuch.

Erst seit 1977 gibt es keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenteilung mehr in der Ehe. Und erst mit dem Gesetz über die Gleichberech-



**Ingrid Ahrend
Frauensprecherin
Sachsen-Anhalt**

tigung von Mann und Frau, das 1958 in Kraft trat, hatte der Mann nicht mehr das Letztentscheidungsrecht in Eheangelegenheiten; die Zuewinnungsgemeinschaft wurde zum gesetzlichen Güterstand. Bis dahin verwaltete der Mann das von der Frau in die Ehe eingebrachte Vermögen und verfügte allein über Zinsen und Lohn bzw. Gehalt der Ehefrau. Im Gleichberechtigungsgesetz wurden auch zum ersten Mal die väterlichen Vorrechte bei der Kindererziehung eingeschränkt; erst 1979 wurden sie vollständig beseitigt.

Man sollte meinen, dass mit dieser gesetzlichen Anerkennung der Gleichberechtigung das weitere

Begehen eines Frauentages heutzutage überflüssig geworden sei. Doch Tatsache ist, dass unsere Gesellschaftsstruktur noch immer nicht alle Ungleichbehandlung ausmerzen konnte und kulturelle Eigenarten im Zuge von Migration und Globalisierung neue Fragen aufwerfen. Themenschwerpunkte moderner Frauenrechtsorganisationen sind heute unter anderem Zwangsprostitution und -heirat, Ehrenmorde, gezielte Abtreibungen an weiblichen Föten, Genitalverstümmelung und ein Recht auf Schulbildung für Mädchen.

Die Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft ver.di bietet Informationen zum Thema „Frauen verdienen mehr“ an. Justizministerin Angela Kolb befürwortet ein Entgelt-Gleichheitsgesetz; gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird auch mit dem Equal Pay Day gefordert. Mindestlöhne werden auch seitens des SoVD immer wieder angemahnt. Gemeinsames Handeln der vielen Frauenrechtsorganisationen hat bereits gute Ergebnisse gezeigt, doch bleibt noch vieles zu tun. Beschränken wir uns nicht auf diesen einen Tag im Jahr. Machen wir uns unsere Rechte bewusst und diese dann mit Nachdruck geltend!

Studie prognostiziert sinkende Renten

Rentengarantie schützt vor Kürzung – nicht jedoch vor Kaufkraftverlust

Wie wichtig die auch vom SoVD vehement geforderte Rentenschutzklausel ist, zeigt sich bereits ein Jahr nach ihrer Beschließung. Ohne sie käme es zu Rentenkürzungen, so bleibt es 2010 bei einer Nullrunde. Das Zukunftsszenario der Alterseinkünfte gestaltet sich noch düsterer: Eine Studie prognostiziert sinkende Renten.

Bis zu 2,1 Prozent Kürzungen der Renten müsste es rein rechnerisch 2010 geben. Grundlage für diese Berechnung sind die Bruttolöhne, die 2009 im Durchschnitt sanken. Auch der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor (er berücksichtigt das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern) und der Riester-Faktor wirken sich negativ aus. Allein die noch von der großen Koalition beschlossene erweiterte Rentenschutzklausel („Rentengarantie“) verhindert, dass diese Kürzungen auch durchgeführt werden.

„Gleichwohl ist die Nullrunde kein Grund zum Jubeln“, betont SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Pressemitteilung. Denn nach den Nullrunden in den Jahren 2004 bis 2006 werde die Kaufkraft der Rentner nun erneut geschwächt. Außerdem drohten in den kommenden Jahren weitere Nullrunden und über den Ausgleichsfaktor („Nachholfaktor“) sollten zuvor verhinderte Kürzungen später nachgeholt werden. Damit künftige Kaufkraftverluste

vermieden werden können, fordert der SoVD die Bundesregierung auf, die Rentenschutzklausel zu erhalten und sowohl Riester- als auch Nachholfaktor abzuschaffen.

Dies ist umso wichtiger, als eine

es darauf an, den Kampf gegen die Gefahr der Altersarmut wirksam und zielgerichtet aufzunehmen“, betont Adolf Bauer und verweist auf das vom SoVD entwickelte Konzept, das Vorschläge enthält, wie ein besserer Schutz gegen die drohende Altersarmut aufgebaut werden kann. Beispielsweise sieht es die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes vor und fordert einen deutlich höheren Beitrag zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose.



Foto: pdesign/fotolia

aktuelle Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Rentenentwicklung äußerst ernüchternd bis bedrohlich ausfällt. Vorausgesagt wird ein sinkendes Rentenniveau für die nächsten Jahrzehnte. Besonders drastisch sind die Erwartungen für Ostdeutschland. Dort könnte die gesetzliche Rente nach Berücksichtigung der Inflation unter 600 Euro fallen. Zudem belegt die Studie, wovon der SoVD bereits seit Langem gewarnt hat: Insbesondere Niedriglohnbeschäftigte und Langzeitarbeitslose sind betroffen und müssen mit Renteneinbußen rechnen. „Jetzt kommt



Die Broschüre „Mindestsicherung in der Rente – Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut“ kann auf www.sovd.de eingesehen werden und ist kostenfrei erhältlich. Senden Sie dazu einen an sich selbst adressierten und mit 85 Cent frankierten A4-Rückumschlag an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Versand, Stichwort Mindestsicherung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

DGB-Untersuchung belegt gesundheitliche Belastung durch Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit macht krank

Dass ein schlechter Gesundheitszustand die Arbeitssuche beeinträchtigt, ist nachvollziehbar. Nun wurde zum wiederholten Male belegt, dass es sich auch umgekehrt verhält: Arbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus. Ein nicht unwichtiger Aspekt bei einer Prognose von 3,5 Millionen Arbeitslosen für 2010.

Gesundheit wird oft durch die Abwesenheit von Krankheit definiert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet Gesundheit als Gefühl des Wohlbefindens in körperlicher, sozialer und seelischer Hinsicht.

Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zeigt erneut auf, was nationale und internationale Studien schon vor Jahren belegten: Arbeitslose sind im Vergleich zu Erwerbstätigen gesundheitlich stärker belastet. So treten chronische Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems und psychische Störungen deutlich häufiger auf. Der letzte Gesundheitsreport des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) analysiert, dass Arbeitslose die Gruppe mit den am stärksten ansteigenden psychisch bedingten Krankheitstagen sind. Mit dem Thema Arbeitslosigkeit und Krankheit setzte sich auch Dr. Peter Kuhnert von der Universität Dortmund in Studien und Projekten auseinander. Er weist darin auch auf die Parameter hin, die zur Prävention von psychischen Erkrankungen beitragen können:

- sozialer Rückhalt
- positive Erlebnisse
- eine feste Tages- und Zeitstruktur
- ein aktives Leben – das Risiko einer Depression sei bei inaktiven Menschen um 70 Prozent höher.

Bei Arbeitslosen gestaltet sich das Bild jedoch oft so: Mit Dauer der Arbeitslosigkeit werden finanzielle Mittel geringer, immer wieder schwächt Zurückweisung bei der

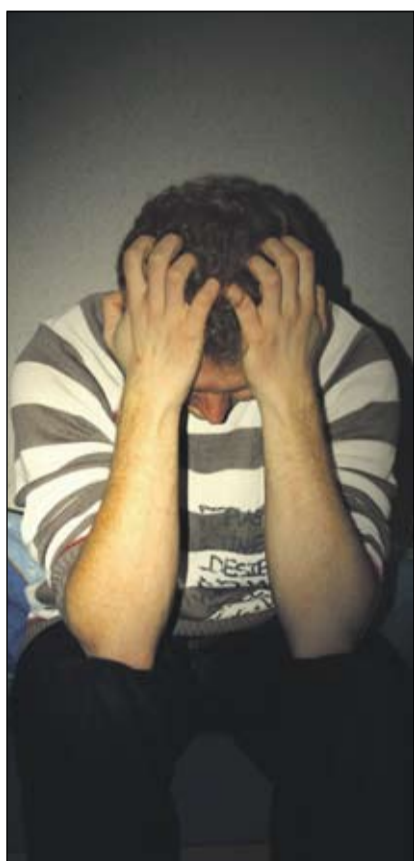


Foto: Oleg Rosental/fotolia

Laut Gesundheitsreport der BKK werden bereits jedem siebten Arbeitslosengeldempfänger Psychopharmaka verordnet.

Arbeitssuche das Selbstwertgefühl, negative Erlebnisse häufen sich, Tagesabläufe verschwimmen und die Hoffnung auf Besserung sinkt. Auch die Stigmatisierung durch die Gesellschaft steigt und führt zum Rückzug aus derselben – hin zur sozialen Isolation. „Arbeitslosigkeit wird zum Stress eigener Art“, so DGB-Arbeitsmarktexperte

Wilhelm Adamy. Tritt eine Erkrankung während der Erwerbslosigkeit ein, kann sich ein Teufelskreis entwickeln: Durch die Erkrankung stagniert die Jobsuche und Chancen auf einen Arbeitsplatz sinken. Mit andauernder Arbeitslosigkeit wiederum steigt die gesundheitliche Beeinträchtigung weiter an. Abgesehen von der menschlichen Tragödie dieser Situation, ist dieser Umstand auch ein Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Beispielsweise hat sich innerhalb von drei Jahren die Verordnungsmenge von Psychopharmaka an Arbeitslosengeldempfänger mehr als verdoppelt.

In der kürzlich veröffentlichten Arbeitsmarktprojektion rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für 2010 mit einem Jahresschnitt von 3,5 Millionen Arbeitslosen. Dabei dürfte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen, was zu einer wachsenden Zahl an Hartz-IV-Bezieherinnen führen würde. Spinnt man das Rad weiter, so stiege dann auch die Zahl der Kranken und damit die Kosten für Krankenhausaufenthalte und Medikamente – in einem Gesundheitssystem, dem es an Ärzten und vor allem an finanziellen Mitteln mangelt. Das Thema Gesundheit bei der Arbeitsmarktpolitik miteinzubeziehen, erscheint daher sinnvoll. Nur ist zu befürchten, dass die angeheizte Hartz-IV-Debatte, die Uneinigkeit über die Zukunft des Gesundheitswesens und die Finanzierungsschwierigkeiten jedweder Reform den gesundheitlichen Aspekt (wieder einmal) ins Abseits drängen werden. *cm*



Foto: Schlemmer

Von links: Der Leiter des GKV-Stabsbereichs Politik, Michael Weller, GKV-Vorstandsmitglied K.-Dieter Voß, Referent im SoVD-Bundesverband, Ragnar Hoenig, GKV-Vorstandsvorsitzende Dr. Doris Pfeiffer, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, Hans-Jürgen Leutloff und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

SoVD im Gespräch mit GKV-Spitzenverband

Gesundheits- und Pflegepolitik diskutiert

Der Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Er gestaltet die Rahmenbedingungen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland. Im Februar empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer die GKV-Vorstandsvorsitzende Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsmitglied K.-Dieter Voß sowie den Leiter des Stabsbereichs Politik, Michael Weller.

Bei dem Treffen wurden aktuelle Fragen der Gesundheits- und Pflegepolitik erörtert. Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um die solidarische gesetzliche Krankenversicherung zu erhalten und zu stärken. Im Bereich der Pflegeversicherung wurden Fragen der Qualitätssicherung und des Ausbaus der häuslichen Pflege erörtert.

Ministerium prüft Liste mit Härtefällen

Hartz IV: zusätzliche Hilfe zum Regelsatz bei Allergien?

Mit seinem Urteil zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze (die SoVD-Zeitung berichtete ausführlich) hat das Bundesverfassungsgericht auch eine neuartige Regelung für Härtefälle in Kraft gesetzt. Demnach haben Arbeitslose bei außergewöhnlichen Belastungen einen Anspruch auf zusätzliches Geld über den Regelsatz von derzeit 359 Euro monatlich hinaus. Was als ein solcher Härtefall gilt, ist in einer entsprechenden Liste festgehalten, die das Bundesministerium erstellt und die derzeit überarbeitet wird.

Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping (Die Linke), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, erklärte das Ministerium die Aufnahme von Allergien in die Härtefall-Regelung für möglich. Wörtlich heißt es in dem Schreiben der Behörde: „Die Gewährung eines Mehrbedarfs für kostenaufwendige Ernährung ist auch bei einer Lebensmittelverträglichkeit denkbar.“ Allerdings werde darüber nach Einzelfallprüfung und unter Einbeziehung des Ärztlichen Dienstes der Bundesagentur für Arbeit befunden. Eine abschließende Entscheidung über die Zusammensetzung der Liste ist noch nicht getroffen.

Die Handhabung der Härtefall-Regelung wurde vom SoVD mehrfach kritisiert, weil zusätzliche Leistungen bisher nur in wenigen Fällen gewährt werden. So gelten notwendige Ausgaben, etwa für eine neue Brille, nicht als Härtefall und auch ein ernährungsbedingter Mehrbedarf wird bisher nur bei schweren Erkrankungen wie etwa Krebs oder Multipler Sklerose gewährt. Die Berücksichtigung von Allergien wäre in diesem Zusammenhang für die betroffenen Menschen zu begrüßen.



Foto: Romain Gitton/fotolia

Lebensmittelallergien treten häufig bereits bei kleinen Kindern auf. Eine entsprechende Ernährung ist meist aufwendig und vor allem kostspielig.

Beilagenhinweise:

Einem Teil dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firmen Thomas Hilfen für Körperbehinderte GmbH & Co. Medico KG, Bremervörde, und Dr. Vidal, Fachversand für Gesundheit, bei.



Mit spitzer Feder

Cartoons von Phil Hubbe

...ONKEL ALFRED, WENN DU DIE GLEICHE ERKRANKUNG WIE STEPHEN HAWKING HAST, DANN KANNST DU MIR DOCH BESTIMMT AUCH ERKLÄREN, WAS SCHWARZE LÖCHER SIND UND WIE DIE RELATIVITÄTSTHEORIE FUNKTIONIERT.



Hubbe



Nachgedacht

Wenn man drei Augenzeugen über denselben Unfall gehört hat, beginnt man, darüber nachzudenken, ob an der Weltgeschichte überhaupt etwas Wahres dran ist!

Elke Sommer (Schauspielerin)

Variante: LEICHT

			8	9			4
	9	8	1			○	2
3			2	6			8
9		2				7	3
	○	3		4		8	
5		6				9	1
1			3	6			9
8				○	1	5	3
6			8	5			

Auflösung des Vormonats

9	6	2	4	1	8	3	5	7
5	4	1	3	9	7	8	6	2
3	8	7	6	2	5	4	9	1
6	7	4	2	5	1	9	8	3
8	2	5	9	6	3	7	1	4
1	3	9	8	7	4	5	2	6
7	5	6	1	4	9	2	3	8
2	9	3	7	8	6	1	4	5
4	1	8	5	3	2	6	7	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

052

Variante: MITTEL

6		○		1	2			7	
	9		8		3				
	1	4						2	8
				4			1		
	2			7	○			3	
		6		9					
1	5						6	9	
				1		6	○	8	
7			5	3					4

Auflösung des Vormonats

9	8	5	4	6	3	2	1	7
1	3	2	8	7	5	9	6	4
6	7	4	1	9	2	5	3	8
4	6	7	2	3	9	1	8	5
8	1	9	5	4	7	3	2	6
5	2	3	6	8	1	4	7	9
2	9	6	3	5	8	7	4	1
7	4	1	9	2	6	8	5	3
3	5	8	7	1	4	6	9	2

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.



Gesund werden – gesund bleiben

Woran erkennt man einen Herzinfarkt?

Je schneller man im Notfall einen Herzinfarkt erkennt, desto höher sind die Überlebenschancen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass viele Menschen nicht ausreichend darüber informiert sind, bei welchen Symptomen sofort der Notarzt gerufen werden muss und man auf keinen Fall abwarten darf, ob die Beschwerden vielleicht von selbst wieder verschwinden. Die Folge sind unzählige Todesfälle, die mit einem schnellen Notruf vermeidbar wären.

Die Deutsche Herzstiftung weist deshalb eindringlich darauf hin, bei folgenden Beschwerden sofort an einen Herzinfarkt zu denken und ohne Zeitverzögerung die Notrufnummer 112 zu wählen:

Schwere Schmerzen im Brustkorb, die mehr als fünf Minuten anhalten. Oft strahlen die Schmerzen in verschiedene Körperregionen aus – z.B. in die Arme, den Oberbauch, zwischen die Schulterblätter oder in den Hals und Kiefer.

Starkes Engegefühl bzw. eine massive Einschnürung, ein heftiges Brennen oder ein starker Druck im Herzbereich. Viele Betroffene haben z.B. das Gefühl, dass ihnen ein Elefant auf der Brust steht.

Hinweis: Häufig tritt bei einem Herzinfarkt zusätzlich Angst auf, die sich z.B. mit einer blassen oder fahlen Gesichtsfarbe und Kältschweißigkeit äußern kann.



Foto: fuxart/fotolia

Treten bei Ihnen Schmerzen im Brustkorb oder ein starker Druck im Herzbereich auf, sollten Sie die Notrufnummer 112 wählen.

Achtung: Insbesondere bei Frauen kann sich ein Herzinfarkt auch mit vergleichsweise unspezifischen Symptomen bemerkbar machen – z.B. mit Übelkeit, Luftnot, Schmerzen im Oberbauch und Erbrechen. Wichtig: Wenn Beschwerden dieser Art in noch nie zuvor gekanntem Ausmaß auftreten, sofort die 112 wählen! Möglicherweise steckt ein Herzinfarkt dahinter.

Durchschnittlich verstreichen über drei Stunden. Obwohl bei einem Herzinfarkt jederzeit tödliches Kammerflimmern auftreten kann, warten in dieser Situation viele Betroffene immer noch viel zu lange ab, ehe sie schließlich die 112 wählen. Im Durchschnitt vergehen nach wie vor über drei Stunden, bis bei einem Herzinfarkt der Notarzt alarmiert wird, wie Daten von bundesweit nahezu 400 Kliniken zeigen.

Quelle: www.herzstiftung.de



Tipps für Kinder und Jugendliche

Der Christoph weiß (fast) alles

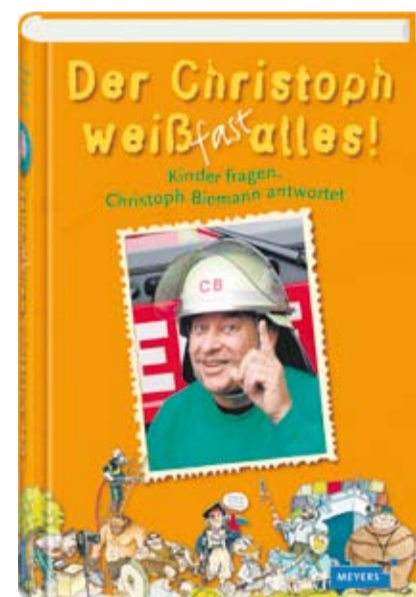
Fressen Haie tatsächlich Menschen? Waren alle Piraten einäugig? Gibt es Vampire wirklich? Diese und ähnliche Fragen beantwortet Christoph Biemann in 40 witzigen und erstaunlichen Geschichten. Er leitet Leser ab 7 Jahren durch das Buch und beantwortet leicht verständlich Kinderfragen aus verschiedenen Bereichen wie Architektur, Biologie oder Geschichte. So wandert Christoph von der Entdeckung Amerikas über die Erfindung des Rades bis hin zur Geschichte der Zeit.

Das Buch ist dabei nicht nur etwas für Kinder, denn welcher Erwachsene kann schon erklären, wie die Sache mit den Nullen und Einsen im Computer funktioniert? Seit über 35

Jahren beantwortet Christoph in der „Sendung mit der Maus“ Fragen, die von Kindern gestellt werden. Dennoch betont er: „Je mehr man weiß, umso eher weiß man, wie wenig Ahnung man eigentlich hat.“

ISBN: 978-3-411-08271-1, 176 Seiten, mit rund 40 Illustrationen und über 100 Fotos, 14,95 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Bücher. Schicken Sie eine E-Mail an: buchtipp@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Der Christoph“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



Stimmt es eigentlich, dass...

...Kaffeesatz gegen Rohrverstopfung hilft?

Manchmal kursieren ungewöhnliche Haushaltstipps – wie etwa der, dass Kaffeesatz, in den Ausguss gekippt, eine reinigende Wirkung haben soll. Stimmt das eigentlich?

Internetseiten mit Titeln wie „Frag Mutti“ preisen Kaffeesatz als Mittel gegen Rohrverstopfung und sogar Seiten von Installateuren empfehlen das Zeug zur Prävention. Unterscheiden wir zwei Fälle.

Erstens: Wenn der Abfluss bereits verstopft ist, bringt es nichts, irgendetwas hinterherzukippen, was nicht mechanisch oder chemisch auf die Verstopfung wirkt. Das beste Mittel für den Laien ist der gute, alte Saugstopfen, der den Pfropf mit Druck lockert.

Zweitens: Der Abfluss ist noch frei. Kann Kaffeesatz wenigstens vorbeugen? „Humbug“, sagt Ralph Sluke vom Verband Deutscher Rohr- und Kanal-Technik-Unternehmen. Kaffeekörner wirken nicht



Foto: Dan Race/fotolia

Auch wenn die Werbung anderes verspricht – gegen Rohrverstopfung hilft am ehesten rohe Gewalt.

wie Schmirgelpapier. Im Gegenteil, sie verbinden sich gern mit anderen Ablagerungen, insbesondere mit Fett, und „das wird hart wie Beton“, so der Experte. Diese Eigenschaft wird sogar für Produkttests genutzt: In einer Untersuchung der Zeitschrift „Ökotest“ wurde Kaffeesatz verwendet, um das Rohr so richtig schön zu verstopfen. Bei dem Test kam übrigens heraus, dass die chemischen Rohrfrei-Keulen nur sehr bedingt wirken und außerdem Gesundheit und Umwelt gefährden.

Also: Besser gleich nichts in den Ausguss kippen, was nicht hineingehört, weder Essensreste (inklusive Kaffeesatz) noch flüssiges Bratfett. Und ab und zu heißes Wasser als Fettlöser hineinschütten. cd

Stadt an der Bode	Staat in Südeuropa	Abk.: Nord-Ostsee-Kanal	Boden-nahrung	Platz-deckchen	Gefäß	Grund, Anlass	ehem. Name von Cheb	Stadt im Hegau	Zeichen für Eisen (Ferrum)	zerbrechlich	Show	
Stadt in Oberschlesien (Zabrze)							Drall des Balles (franz.)			12		
Trumpf im Kartenspiel (frz.)				Platt-fisch		Teil des Auges	10				Finale	
Marinade zum Pökeln				Gruppe, Abteilung				Bew. e. Balkanstaates	Stadt an der Zwickauer Mulde			
	7	bayer. und österr.: Felskopf				ugs. Abschiedsgruß aus dem Ital.	suchend blicken					
Deutsche Eishockey Liga (Abk.)	Notizblatt	tat-sächl. Sachwert		kurz und stoßweise atmen					Staat der USA		Gebälk tragende Frauengestalt	
feierliche Handlung								Geschwätz, Rederei	Späß; Unfug (Mz.)			
						japan. Selbstverteidigung	ugs.: fein, tadellos	seem.: Loch, Ose im Segel		6	lat., franz. und	Verhältniswort
hinweisendes Fürwort		ugs.: Orangensaft	Bett-nische						Epoche		5	
Autor von „Der Herr der Ringe“ † 1973						herausragende Persönlichkeit	eine Sportart					
Kfz-Z. Eschwege			franz. Adelsprädikat		Filmpreis in den USA							
beschädigt, verletzt								Zeichen für Tantal	Kfz-Z. Libanon			
niederdt.: Plattfisch	männl. Vorname				Katzenjammer							
			Schutzanzug									13

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

M A R T I N B U R G E R L O E S T S C H U L H A U S
 F E H D E K A R T E S T E F A L L E E T T A C H S L O T V
 V E I T F E N N A L M A A G L A T
 E S S E N I E L E S T H E L I N E R
 T U S P I E A N R E I Z
 Z E T O N A N R E I Z
 D E S I G N E I L E R
 E R E N D E U T

Eignungstest (1-12)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an:
 SoVD, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an:
 kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Frage des Monats

Im März hatten wir gefragt, ob Sie bei Schlaflosigkeit eher zu natürlichen Schlafmitteln und Einschlafmethoden raten, bevor Sie etwa den Einsatz von Chemie empfehlen. Überwältigende 94 Prozent sprachen sich gegen die Einnahme von Medikamenten aus, während nur 4 Prozent zu einer entsprechenden Einschlafhilfe raten würden.

Die Frage des Monats März lautet: Die Telekom will mit einer Quote für mehr Frauen in seit Jahren männlich dominierten Führungspositionen sorgen (siehe Seite 3). Befürworten Sie eine entsprechende Vorgabe, um so für mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort können Sie auch eine Antwort frei formulieren. Die Redaktion wertet diese aus und bemüht sich, sie in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Bundesschatzmeisterin

Vorsicht bei vermeintlicher „Rentennachprüfung“

Gauner suchen sich als Opfer gezielt die Schwächsten der Gesellschaft aus. Gefährdet sind daher gerade ältere Menschen. So auch bei einer Masche von Trickbetrüggern, vor denen die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover aktuell warnt. Unter dem Vorwand, eine „Rentennachprüfung“ vornehmen zu müssen, versuchen Betrüger zur Zeit verstärkt, persönliche Termine mit Rentnern zu vereinbaren, um sich so Zutritt in die Wohnung zu verschaffen. Dabei handelt es sich jedoch in keinem Fall um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesetzlichen Rentenversicherung.



Foto: Dan Race/fotolia

Keine neue Erkenntnis: Ihnen unbekannte Menschen sollten Sie nicht in Ihre Wohnung lassen!

Die Empfehlung muss daher eindeutig lauten: Gewähren Sie Besuchern, die sich unter einem entsprechenden Vorwand an Sie wenden, keinen Zutritt zu Ihrer Wohnung bzw. Ihrem Haus! Falls Sie unsicher sind oder auch allgemeine Fragen zu Rente, Rehabilitation oder privater Altersvorsorge haben, können Sie sich direkt an die Deutsche Rentenversicherung wenden. Deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erreichen Sie unter der kostenlosen Servicenummer 0800/1 00 04 80 10.
Ihre Ingeborg Saife, Bundesschatzmeisterin

Gewinner des Monats März

Die Redaktion der SoVD-Zeitung gratuliert allen Genannten zu ihrem Gewinn! Die Namen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht; der Versand der Gewinne erfolgt wenige Tage nach Erscheinen der aktuellen Ausgabe.

Kreuzworträtsel

Günter Lindemann (Essen)
 Inge Meß (Heiligenhafen)
 Günter und Annemarie Kretschmer (Wolfsburg)

Sudoku

Magdalene Cyrus (Dahlenburg)
 Lothar Breuer (Eschweiler)
 Judit Nagy (Karlsbad)

Buchtipps

Werner Nordhaus (Hilden)
 Brigitte Gollbach (Salzgitter)
 Wanda Grützmacher (Bremen)

Musiktipps (Raabe)

Anita Wolff (Bremerhaven)
 Helmut Gisch (Bingen/Rhein)
 Gisela Karbange (Schwelm)

Musiktipps (Tharaut)

Wilhelm Inselmann (Schneverdingen)
 Rosalinde Diedler (Mülheim/Ruhr)
 Werner Hoppert (Clausthal-Zellerfeld)

Hörbuchtipps

Ein russischer Sommer – Tolstojs letztes Jahr

Im Jahre 1910, „Anna Karenina“ und „Krieg und Frieden“ sind erschienen, ist Lew Tolstoj der berühmteste Autor der Welt. Aber er zahlt einen hohen Preis für seinen Ruhm. Jünger umlagern Tolstoj, der mit seinen christlich-mystischen und sozialen Idealen Ernst machen will, seine Frau Sofja kämpft um Aufmerksamkeit und Liebe, aber auch um sein Erbe und Tantiemen. Von dem verzweifelten Wunsch getrieben, am Ende seines Lebens Frieden zu finden, flieht Graf Tolstoj in einer dramatischen Aktion von seinem Gut Jasnaja Poljana. Jay Parinis Roman „Tolstojs letztes Jahr“ beschreibt dieses turbulente Jahr im Leben des großen russischen Schriftstellers aus sechs verschiedenen Perspektiven. Gelesen wird das Hörbuch von Gerd Wameling, Wanja Mues, Stefan Kaminski, Frank Arnold, Marie Bierstedt und Regina Lemnitz.



Ein russischer Sommer (Hörbuch zum Kinofilm), Deutsche Grammophon Literatur, 5 CDs, 19,99 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Hörbücher. Schicken Sie eine E-Mail an: buchtipps@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Ein russischer Sommer“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.

Filmtipps

Dick & Doof – Collection 1 (Box mit 10 DVDs)

Sie sind das bekannteste Duo der Filmgeschichte: Stan Laurel und Oliver Hardy, in Deutschland wenig schmeichelhaft auch als Dick und Doof bekannt. Den gleichen Titel trägt eine Sammelbox, die insgesamt 10 DVDs mit Spielfilmen und Kurzfilmen der beiden Komiker enthält. Erleben Sie Highlights von der Stummfilmzeit bis in die 1940er Jahre – zum Teil neu restauriert, mit weiteren Synchronfassungen und neuem Bonusmaterial. Ein nostalgisches Erlebnis, das so manche Erinnerung wecken dürfte. Denn, Hand aufs Herz, wer von uns hat nicht schon als Kind über Laurel und Hardy gelacht? Als Erwachsener macht es mindestens genauso viel Spaß.

Dick & Doof Collection 1 (10 DVDs), Kinowelt, FSK ab 6 Jahren, insgesamt ca. 710 Minuten, 59,90 Euro.



Wir verlosen – wie immer unter Ausschluss des Rechtsweges – unter allen Einsendungen eine komplette Box der Dick & Doof Collection 1 mit insgesamt 10 DVDs. Schicken Sie hierfür einfach eine E-Mail an: filmtipp@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Dick und Doof“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss für die Verlosung ist der 15. April.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet (www.sovd.de): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum

Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Cornelia Moosbrugger; Grafik / Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer; Sitz: Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer / Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 047 92 / 22 16, Fax: 047 92 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 4. Quartal 2009: 398 389 Exemplare.



Serie „Gesundheit und Recht“ – Teil IV

Patientenverfügung & Co.



Mit Dokumenten wie etwa der Patientenverfügung oder auch einer Vorsorgevollmacht verhält es sich ein bisschen wie mit gesundheitlichen Vorsorgeuntersuchungen: Ihr Nutzen ist grundsätzlich anerkannt, der Besuch beim Arzt wird dennoch hinausgeschoben, bis es möglicherweise irgendwann zu spät ist und man rückblickend zu der Erkenntnis kommt, dass man doch lieber früher hätte handeln sollen. Lassen Sie es gar nicht erst so weit kommen! Im Folgenden informieren wir Sie über die Bedeutung grundlegender Schriftstücke, damit Sie für sich eine Entscheidung treffen können – wohlüberlegt und vor allem rechtzeitig.



Die meisten Patienten haben bestimmte Vorstellungen davon, welche medizinischen Maßnahmen im Falle einer schweren Erkrankung an ihnen vorgenommen werden sollen und welche möglicherweise nicht. Besonders sensibel ist dabei der Bereich lebenserhaltender Maßnahmen für den Fall, dass man als Betroffener eigene Wünsche nicht mehr selbst äußern kann. Grundsätzlich besitzt jeder Mensch ein Selbstbestimmungsrecht, wonach unabhängig von der Schwere einer Erkrankung auch eine Behandlung ablehnen kann.

Vor einer Operation ist jeder Arzt auf eine Einwilligung des Patienten angewiesen. Kann die betroffene Person in der konkreten Situation nicht selbst befragt werden, wird man versuchen, ihren vermeintlichen Willen zu ergründen. Würde vorab eine Patientenverfügung verfasst, bietet diese darüber am schnellsten Auskunft.

Gesetzlich verbrieftes Selbstbestimmungsrecht

Was den Stellenwert einer Patientenverfügung angeht, so trat 2009 ein Gesetz in Kraft, welches das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen maßgeblich stärkt. Ihr in einem entsprechenden Schriftstück formulierter Wille muss von den behandelnden Ärzten und dem Pflegepersonal in jedem Fall respektiert werden. Im Zweifelsfall kann dies

sogar die Abschaltung lebenserhaltender Maschinen bedeuten.

Der Wille des Patienten

Vor einem so radikalen Schritt wie etwa dem Abbruch einer Behand-

lung wird eine vorhandene Patientenverfügung zunächst inhaltlich geprüft. Dies erfolgt zunächst durch den behandelnden Arzt sowie bei Bedarf zusätzlich durch einen Bevollmächtigten oder Betreuer des

betroffenen Patienten. Diese müssen darin übereinstimmen, dass die in der Verfügung getroffenen Festlegungen auch tatsächlich auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffen.

Verfassen einer Vorsorgevollmacht

Wer ausschließen möchte, dass möglicherweise ein vom Gericht bestellter Betreuer diesen Prozess begleitet, sollte rechtzeitig eine Person benennen, die das eigene Vertrauen besitzt. Dies geschieht am besten in Form einer Vorsorgevollmacht. Der darin benannte Vertreter kann dann dem Inhalt der Patientenverfügung zur Durchsetzung verhelfen. Lässt sich zwischen Arzt und Betreuer kein Einvernehmen über die mutmaßlichen Wünsche des Patienten herstellen, müsste gegebenenfalls eine gerichtliche Klärung herbeigeführt werden.

Individuelle Beratung

Das Anfertigen einer Patientenverfügung ist eine sehr persönliche Angelegenheit, für die man keine vorgefertigten Formulare verwenden sollte. Auch wenn Broschüren (siehe unten links) Formulierungshilfen bieten, sollten Sie sich zusätzlich persönlich beraten lassen und Ihr Vorhaben mit Freunden und Familienmitgliedern besprechen. Ein Hinweis zum Schluss: Überzeugungen und Ansichten können sich mit der Zeit ändern, daher ist es noch wichtig zu erwähnen, dass eine Patientenverfügung jederzeit – auch mündlich und kurz vor einer Operation – von Ihnen widerrufen werden kann.

jb



Foto: Redaktion, Montage: Herrndorff

Idealerweise sollte man schon frühzeitig eine Patientenverfügung verfassen. Dabei ist es schwer, sich Situationen vorzustellen, die möglicherweise gar nicht oder erst sehr viel später eintreten. Auch ändern sich persönliche Ansichten und Überzeugungen. Daher sollte man auch eine fertige Erklärung regelmäßig aktualisieren.

Interview mit Rainer Sbrzesny von der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)

Viele Menschen fürchten eine abstrakte Medizin

— Was sind die größten Sorgen von Menschen, die sich an Sie wenden, im Zusammenhang mit einer Patientenverfügung?

Vor allem ältere Menschen fürchten, die Kontrolle über die Behandlungsschritte am Lebensende nicht mehr in der Hand zu haben. Das Gefühl, einer Medizin ausgeliefert zu sein, welche für den Patienten nicht mehr durchschaubar ist, das ist die größte Angst. Eine Rolle spielt natürlich auch die Befürchtung, dass Angehörige in Fällen, in denen etwas schief läuft, keine Einflussmöglichkeiten mehr haben.

— Wann sollte man eine Patientenverfügung verfassen?

Ein Unfall oder eine schwere Krankheit kann grundsätzlich auch jüngere Menschen treffen. Das verdrängt man im Alltag oft. Aber auch

bei älteren Personen spürt man häufig ein Unbehagen, sich mit diesem ja nicht unbedingt schönen Thema auseinandersetzen zu müssen. Das sollte man aber dennoch tun – rechtzeitig.

— Ich stelle es mir schwierig vor, konkrete Behandlungssituationen in einer Patientenverfügung zu beschreiben, mit denen man selbst vorher noch nie konfrontiert war.

Genau das ist das Problem, welches leider auch das zum September vergangenen Jahres in Kraft getretene Patientenverfügungsgesetz nicht beseitigen konnte. Darin wird bezogen auf den Patientenwillen von der „abstrakten Bestimmbarkeit“ gesprochen. Das bedeutet, dass eine pauschale Aussage wie etwa: „Ich möchte keine lebensverlängernden Maßnahmen!“ nicht ausreicht und

auf eine konkrete Behandlungssituation nicht angewendet würde.

— Wie kann ich mich dann darauf verlassen, dass meine Wünsche später auch umgesetzt werden?

Da gibt das Patientenverfügungsgesetz Anhaltspunkte, indem es sagt, dass bei Zweifeln der Wille des Betroffenen zu erforschen ist. Hierfür soll dessen ganzes Umfeld, also seine Bezugspersonen und seine Äußerungen, herangezogen werden. Da sich der Arzt aber nicht unbedingt als Ermittlungsbeamter betätigen wird, sollte man bereits bei der Erstellung der Patientenverfügung auch eigene Überzeugungen und moralisch-ethische sowie gegebenenfalls auch religiöse Grundsätze einbeziehen. Daraus lässt sich im Zweifelsfall vieles ableiten, zumal die Ärzteschaft hierfür inzwischen sensibilisiert ist.

— Was kann ich darüber hinaus noch tun?

Man sollte eine Situation formulieren, in welcher die Patientenverfügung gelten soll. Darauf weist ja auch der SoVD in seiner Broschüre hin. „Wenn ich ein Krankheitsbild habe, welches unabwendbar zum Tode führt“ wäre beispielsweise eine Formulierung, die verdeutlicht, welche Situation grundsätzlich von der Verfügung erfasst ist. Gleichzeitig werden damit andere Behandlungssituationen klar abgegrenzt. Daran anknüpfend sollte dann beschrieben werden, was man möchte oder eben genau nicht möchte, z. B. keine

Der Gesundheitsexperte Rainer Sbrzesny arbeitet als Patientenberater für die Unabhängige Patientenberatung (UPD) in Potsdam. Aus seiner Beratungspraxis kennt er die Sorgen und Nöte der Menschen. Für die SoVD-Zeitung erläutert er, was es im Zusammenhang mit Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht zu beachten gilt.



künstliche Ernährung, wohl aber eine künstliche Flüssigkeitszufuhr.

— Im Zweifelsfall kann doch aber auch eine von mir bestimmte Vertrauensperson für die Durchsetzung meiner Patientenverfügung eintreten – vermutlich immer vorausgesetzt, ich habe zuvor eine Vorsorgevollmacht erteilt?

Auch das ist etwas, wovon viele Menschen Angst haben, die sich an die UPD wenden: einem Betreuer ausgeliefert zu sein, den sie vorher nie gesehen haben. Entgegen der weit verbreiteten Meinung bestimmt übrigens nicht automatisch der Ehepartner über die Behandlung des Lebensgefährten. Das kann man mit einer Vorsorgevollmacht verhindern und darin gegebenenfalls auch einen zweiten Bevollmächtigten benennen.

— Wo hinterlege ich meine Dokumente, damit sie bei Bedarf auch gefunden werden?

Die Patientenverfügung sollte

man bei einer anstehenden schweren Operation mit ins Krankenhaus nehmen, während das Original der Vorsorgevollmacht bei dem Bevollmächtigten hinterlegt sein sollte. Diesem kann man auch eine Kopie der Patientenverfügung geben, die man ohnehin inhaltlich mit ihm absprechen sollte.

— Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung – welche Regelungen sollte man denn in jedem Fall treffen?

Die beiden erstgenannten. Eine Betreuungsverfügung ist in der Regel Teil der Vorsorgevollmacht. Mit ihr verhindert man, dass ein unbekannter Betreuer im Bedarfsfall gerichtlich bestellt wird.

— Haben Sie für sich selbst bereits entsprechende Formulare erstellt?

Nein, habe ich noch nicht, wobei eine Vorsorgevollmacht für mich persönlich sogar das wichtigere Dokument wäre.

Interview: Joachim Baars

Info

- Zum Thema Patientenverfügung bietet die Broschüre des SoVD eine erste Übersicht. Sie ist kostenfrei erhältlich. Schicken Sie einen an sich selbst adressierten und mit 85 Cent frankierten DIN-A4-Rückumschlag an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Versand, Stichwort Patientenverfügung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

- Eine individuelle Beratung erhalten Sie bei der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Die kostenfreie Rufnummer 0800/011 77 22 ist von Montag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr erreichbar.



Landesverband Bremen

Auszubildende präsentierten Berufe

Welche Ausbildungsmöglichkeiten haben Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Behinderung oder psychischen Problemen? Antworten darauf gab der Berufsinfogab des Berufsbildungswerkes Bremen (BBW).

Unter dem Motto „Mitmachen und ausprobieren“ hatte die Ausbildungseinrichtung des SoVD Schüler, Eltern und Lehrer aus Förderschulen ins BBW eingeladen. Trotz Schneeglätte hatten sich über 250 Besucher auf den Weg gemacht. Allen gemeinsam war der Wunsch, eine berufliche Perspektive zu finden. Das Interesse an Führungen war groß. Die Präsentation der einzelnen Berufe übernahmen die

Auszubildenden selbst. In der Restaurantküche scharten sich die Besucher um den Tresen. Bereitwillig erklärte Tobias Kirchhoff, Beikoch im zweiten Lehrjahr, seinen Beruf. Für seine Schnelligkeit erntete er Bewunderung. Auch im Internat herrschte reges Treiben. Gespannt lauschten die Besucher den Berichten über das Gemeinschaftsleben und das vielseitige Freizeitangebot. Die freundliche und lockere Atmo-

sphäre war deutlich spürbar und nahm so manche Bedenken zur Unterbringung im Internat.

Nach den Führungen eilten die Gäste zu den Mitmachangeboten. Die Wahl fiel oft schwer: Wollten sie einen Vogel in der Holzwerkstatt herstellen oder in der Metallwerkstatt einen Bilderrahmen fertigen oder vielleicht doch lieber einen alkoholfreien Cocktail mixen? Das Schnuppern in der Ausbildung machte den Schülern sichtlich Spaß. Auch die Eltern genossen den Tag. Ihre Fragen drehten sich vor allem um Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten. Die Hoffnung auf Ausbildungschancen waren eine gute Entschädigung für den zurückgelegten Weg auf glatten Straßen.

Am Ende gab es viel Lob und Anerkennung für die Geduld und das Engagement, mit dem die Auszubildenden ihre Arbeit präsentierten.



Die Auszubildende Sandy Eggers (li.) zeigte, wie Teller gehalten werden.



Infos zum Berufsbildungswerk Bremen unter www.bbw-bremen.de oder Tel.: 0421/2383265.

Landesverband Niedersachsen

SoVD-Jugendbeirat gegründet

Die SoVD-Jugend in Niedersachsen hat ihre Struktur verändert. An die Stelle eines Landesvorstandes ist ein fünfköpfiger Jugendbeirat getreten – mit der Zielsetzung, verstärkt praktische Projekte zu gestalten.

Der Beirat ist im Gegensatz zum Vorstandsmodell von vielen formellen Arbeiten entlastet und kann sich auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren. „Die Bereitschaft zur Mitarbeit bei den Jugendlichen ist groß. Wir konnten gar nicht sämtliche Interessierte in den Beirat aufnehmen“, sagt die niedersächsische Jugendreferentin Kathrin Schrader. „Aber einbinden werden wir alle, weil wir die Begeisterung erhalten und ausbauen wollen“, betont sie.

Unter dem Motto „Der Start in unsere Zukunft: Hier – jetzt – gemeinsam“ hatte zuvor die siebte Landesjugendkonferenz in Hannover stattgefunden. Dabei hob der zu dem Zeitpunkt noch amtierende Landesjugendvorsitzende Thomas Harms die Erfolge der niedersächsischen SoVD-Jugend hervor – 7600 junge Leute unter 27 Jahren hat der Landesverband inzwischen. Auf diese Erfolge wies auch die 2. SoVD-Landesvorsitzende Edda Schliepack während der Veranstaltung hin: „Die Jugendarbeit der vergangenen Jahre war gut und trägt Früchte. Das freut die Aktiven, auch bei uns im SoVD-Landesvorstand.“



Die Mitglieder des SoVD-Jugendbeirates des SoVD Niedersachsen.

Sie machte aber auch auf notwendige Veränderungen aufmerksam. „Es existieren leider auch weniger erfreuliche Entwicklungen. So wird es immer schwieriger, Jugendliche für Vorstandsämter zu finden. Viele möchten eher an praktischen Projekten mitarbeiten, als sich mit Satzungsfragen zu beschäftigen“, sagte Schliepack mit Blick auf die erfolgreiche Reform der Jugendarbeit im

Land. Die Hauptaufgabe des Jugendbeirates ist die Gestaltung von Projekten, Seminaren, Workshops und Freizeiten. Die bewährten Angebote der SoVD-Jugend werden erhalten bleiben. So wird es in den Sommerferien wieder eine Jugendfreizeit in Dänemark geben. Und auch politisch wird sich die SoVD-Jugend in Niedersachsen weiterhin kritisch-konstruktiv einbringen.

SoVD-Tag in der Autostadt Wolfsburg

Pünktlich zum 10. Jubiläumsjahr der Autostadt hat der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. mit dem Wolfsburg-Unternehmen eine Kooperation abgeschlossen. SoVD-Mitgliedern steht somit ein attraktives Ausflugs- und Erlebnisziel zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung. Außerdem: Der diesjährige SoVD-Tag wird am 11. Juni in der Autostadt stattfinden. Mitglieder zahlen dafür einen Sondereintrittspreis von nur 9 Euro. Dieser Preis beinhaltet neben dem Tageseintritt auch die Teilnahme an einer 45-minütigen Führung. Auf die Besucher warten historische Automobile, die Möglichkeit, ihr eigenes Auto zu entwickeln, sowie eine schöne Parklandschaft und Restaurants. Es ist egal, ob Sie zum SoVD-Tag allein, mit Familie und Freunden oder in der Gruppe anreisen: Alle SoVD-Mitglieder zahlen den gleichen Preis. Für Kinder unter sechs Jahren ist der Eintritt frei. Einzelpersonen erhalten die Ermäßigung direkt vor Ort durch Vorlage der SoVD-Mitgliedskarte.

Für Gruppenanmeldung ab zehn Personen und bei Fragen melden Sie sich bitte bis zum 4. Juni bei Nancy Widmann. Bittennennen Sie dabei Personenanzahl, Ansprechpartner und Rechnungsadresse. Tel.: 0511/7014851, Fax: 0511/7014870, E-Mail: nancy.widmann@sovd-nds.de

Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.

je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 051 08 / 92 54 96

Männer über 50

...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodenpulver zur Stärkung ohne Nebenwirkung. 1 Packung € 28,- inkl. Versandkosten. Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.

Otto Blocherer - Abt. 1 - Friedensstraße 4 Tel. 08 21 / 43 45 57 - 86391. Stadtbergen

HB, Er, m, 60, 1.80, vollschlank, NR, gehbeh., naturverbunden, sucht nette Frau bis ca. 60 Jahre, möglichst mit PKW, mit Humor und gleichen Interessen, gartenliebend, weil zu Zweit macht doch alles im Leben mehr Spass. **Zuschriften unter: Chiffre 2034**

Treppenlifte

neu und gebraucht

Qualität zu günstigen Preisen.

Gratis-Angebot: ☎ 0800 - 688 788 9 (gebührenfreie Nummer)

Schwerin Fulda
Bremen Koblenz
Hamburg Frankfurt
Verden Mannheim
Hannover Karlsruhe
Dortmund Stuttgart
Bielefeld Augsburg
Kassel München
Köln

www.treppenlift-discount.de

Für private historische Marinesammlung Abzeichen, Urkunden, etc. gesucht. ☎ 04 31 / 6 49 95 88 ab 17 Uhr

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung: U. Struckmeyer Postfach 1266 27723 Worpswede

Frühlung - Raus in die Natur!

Mit dem Spazierstock, der sich von der Gehhilfe zum Sitzstock verwandelt!



Kostenlose Info unter 0800 0000 9449

Elektromobil S Mobil rot

guter Zustand, neue Batterie, VB 450,- €

Anlieferung möglich (je nach km mit Aufpreis)

☎ 023 02 / 2 40 46

VITAL Elektromobile

Hersteller



Reichweiten bis zu 100km 6 bis 15km/h Führerscheinfrei

ab 1.490€ *Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell

Kostenlosen Prospekt anfordern! Tel. 02351/953060

EAT Gundermann GmbH SoVD

Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Anzeigenverwaltung

SoVD Zeitung

U. Struckmeyer - Postfach 12 66 - D-27723 Worpswede Tel.: 047 92/22 16 - Fax: 35 30 - E-Mail: ustruckmeyer@t-online.de